

Industriegewerkschaft  
Bergbau, Chemie, Energie



## **1. Mai 2013 in Köln**

Mai Kundgebung der DGB Region Köln-Bonn

**Mairede von**

**Reiner Hoffmann**

Landesbezirksleiter  
der IG Bergbau, Chemie, Energie Nordrhein

- **es gilt das gesprochene Wort** -

[reiner.hoffmann@igbce.de](mailto:reiner.hoffmann@igbce.de)

Ein herzliches Glückauf, Kolleginnen und Kollegen, zum Tag der Arbeit. Schön, dass ihr so zahlreich erschienen seid.

Auch in diesem Jahr steht der 1. Mai im Schatten der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise. Bereits im fünften Jahr liegt die Europäische Union auf der Intensivstation. **Die neoliberale Rosskur gefährdet die Einheit Europas** und bringt das europäische Sozialmodell, das uns bislang von den anderen Regionen der Welt unterschied, in pure Existenznot. Mehr als 19 Millionen Menschen sind ohne Arbeit. Das ist ein trauriger Rekord.

Insbesondere im Süden Europas hat die Krise tiefe Spuren hinterlassen. Auf die äußerst schwierige Situation in Spanien hat Ramos Gorretz bereits hingewiesen. In Spanien, Portugal und Griechenland wird fast jeder zweite Jugendliche von der Schulbank auf die Parkbank geschickt. Sechs Millionen Jugendliche sind europaweit ohne Arbeit. Hier droht eine ganze Generation abzustürzen, in Armut und Perspektivlosigkeit.

Ausgerechnet die Jugend Europas zahlt den bitteren Preis für eine Krise, die ihr die alten Eliten des Kontinents eingebrockt haben. Die Milliarden schweren Rettungsschirme für Banken waren wohl unausweichlich. Es kann aber nicht sein, dass nun Millionen von jungen Menschen im Regen stehen. Und bislang hat ihnen noch niemand einen Rettungsschirm aufgespannt.

**Die Jugend braucht eine sichere Zukunft.** Die Gewerkschaften haben konkrete Vorschläge gemacht, wie eine dauerhafte Integration junger Menschen in den Arbeitsmarkt sichergestellt werden kann.

Es ist immerhin ein Anfang, dass die Europäische Kommission nun endlich Vorschläge des Europäischen Gewerkschaftsbundes aufgegriffen hat, darunter eine europäische Jugendgarantie. Danach solle die Mitgliedstaaten verpflichtet werden, allen Jugendlichen innerhalb von vier Monaten eine Ausbildungsmaßnahme oder eine Arbeitsstelle zu garantieren. Nun muss geliefert werden. Sonst wird aus dieser Garantie für junge Menschen ein Muster ohne Wert.

Statt einen klaren Kurswechsel einzuschlagen, unterziehen die neoliberalen Fundamentalisten die Öffentlichkeit einer gewaltigen Gehirnwäsche. Mir nichts dir nichts wird die Weltfinanzmarkt- und Bankenkrise zur Staatsschuldenkrise uminterpretiert.

Angeblich haben die Mitgliedstaaten der EU – insbesondere die im Süden – über ihre Verhältnisse gelebt. Daher müssten Arbeitnehmerrechte eingeschränkt, Löhne, Renten und Sozialleistungen gekürzt werden. Das ist keine Lösung der Krise. Dieser Weg führt in die Irre. **Der rigide Sparkurs (Austeritätspolitik) und der Abbau von Arbeitnehmerrechten sind eine ernsthafte Gefahr für die Demokratie in Europa.**

Auch die Gewerkschaften ignorieren nicht die Notwendigkeit von Strukturreformen. Aber bitte nicht nach dem neoliberalen Strickmuster. Das treibt nur immer mehr Menschen in Not und Armut.

Eines der größten Strukturprobleme Europas ist der Mangel an robusten **Spielregeln für die internationalen Finanz- und Kapitalmärkte, die den hemmungslosen Spekulationen endlich ein Ende bereiten.** Es ist unerträglich, dass Hedgefonds Milliardenprofite mit Spekulationen gegen Griechenland einstecken. Ratingagenturen drohen ohne Scheu vor der Öffentlichkeit damit, die Bonität von EU-Mitgliedstaaten abzustufen, sollten die Wähler es wagen, anders zu wählen, als es die Ratingagenturen gerne hätten. So hat eine amerikanische Ratingagentur mit öffentlichen Drohungen versucht, die Wahl des sozialistischen Präsidentschaftskandidaten Françoise Hollande zu verhindern. Ohne Erfolg. Die Wählerinnen und Wähler haben sich anders entschieden.

Noch einmal: Die vordringlichste Strukturreform bleibt die Regulierung der Finanzmärkte. Banken und andere Finanzinstitute müssen der Realwirtschaft und den Menschen dienen und nicht verantwortungslosen Spekulanten.

Und weiter gilt: Steuerflucht und Steuerhinterziehung sind kriminelle Handlungen. Es handelt sich um Betrug am Staat und den Bürgerinnen und Bürgern, die ihre Steuern dort entrichten, wo sie erarbeitet werden. Es ist an der Zeit, durch internationale

Regeln für Ordnung zu sorgen. Damit müssen wir jetzt in Deutschland und in Europa beginnen.

Die Fortschritte bei der Einführung einer Steuer auf Finanztransaktionen in zwölf Mitgliedstaaten der EU sowie eine gemeinsamen europäischen Bankenaufsicht sind erfreulich. Aber das reicht nicht. **Weitere Maßnahmen zur wirksamen Bekämpfung von Steuerflucht und aggressivem Steuerwettbewerb sind dringend notwendig.** Einen Absenkungswettlauf um immer geringere Unternehmenssteuern können wir uns in Europa nicht länger leisten.

Steuerflucht und Steuerhinterziehung lassen sich letztendlich nur global bekämpfen. Steueroasen von der Südsee bis zur Schweiz müssen ausgetrocknet werden.

Zu den notwendigen Strukturreformen gehören auch **mehr Steurgerechtigkeit und eine Verbesserung der Einnahmeseite des Staates**, damit dieser seine originären Aufgaben wahrnehmen kann.

In einem Brandbrief an die Regierung in Berlin haben Industriebosse (siehe Handelsblatt) vor dem Verkehrsinfarkt gewarnt. Der Zustand der Rheinbrücke in Leverkusen ist nur die Spitze des Eisbergs des immensen Verfalls unserer Infrastruktur

Die Warnung der Wirtschaft ist berechtigt. Ein modernes Industrieland benötigt leistungsfähige Infrastrukturen. Die Menschen in Deutschland brauchen aber ebenso eine funktionierende öffentliche Daseinsvorsorge sowie zuverlässige öffentliche Dienste.

Ich würde mir wünschen, dass sich Unternehmen, Arbeitgeber- und Industrieverbände in gleicher Deutlichkeit für eine nachhaltige Finanzierung der öffentlichen Hand einsetzen wie in Sachen Infrastruktur.

Ein **handlungsfähiger Staat** mit einem durchlässigen und guten Bildungssystem, einer innovativen Hochschul- und Forschungslandschaft und einer intakten sozialen und kulturellen Infrastruktur ist **nicht zum Billigtarif** zu haben. Nur mit weniger

Marktgläubigkeit und mehr Steuergerechtigkeit ist der von den Gewerkschaften geforderte Kurswechsel politisch machbar.

Der DGB hat sehr konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Finanzierung eines handlungsfähigen Staates gemacht. Dazu gehören unter anderem die Finanztransaktionssteuer, eine einmalige Vermögensabgabe, die Erhöhung des Spitzensteuersatzes sowie eine höhere Besteuerung großer Erbschaften.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Viel zu spät hat jetzt endlich auch José Manuel Barroso, der Präsident der EU-Kommission, die Grenzen der hilflosen Sparpolitik erkannt. Deren bisherige Politik hat die Krise verschärft und Akzeptanz und Vertrauen der Menschen in das europäische Projekt massiv beschädigt.

Die Zweifel der Kommission am Sinn des Sparkurses reichen nicht, jetzt muss gehandelt werden. **Europa braucht einen klaren Kurswechsel.** Europa bleibt unsere Zukunft, aber wir brauchen ein anderes, ein sozialeres und demokratischeres Europa. Was wir nicht brauchen, ist ein Schwadronieren über das Ende des Euros und einen Rückfall in die europäische Kleinstaaterei. Wir werden nicht zulassen, dass Europa in Nationalismus und Separatismus zerfällt. Wir nehmen aber auch nicht hin, dass die Menschen in Europa weiterhin in Geiselhaft für eine Krise genommen werden, die wir alle nicht zu verantworten haben.

**Der soziale Zusammenhalt und die Solidarität in Europa müssen endlich in den Mittelpunkt der Krisenbewältigung gestellt werden.** Die EU muss glaubwürdig unter Beweis stellen, dass sie in der Lage ist, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern.

Der DGB hat klare Vorschläge in die europäische Debatte eingebracht, wie mit einem Konjunktur- und Investitionsprogramm die Krise überwunden werden kann. Der DGB-Vorsitzende, Michael Sommer, hat nicht nur von unseren europäischen Bruder- und Schwestergewerkschaften viel Zustimmung für dieses Investitionsprogramm erhalten, das wir einen „**Marshallplan für Europa**“ nennen. Dabei stehen die

Menschen im Mittelpunkt. Mehr Lebensqualität und Wohlstand für alle Europäerinnen und Europäer zu erreichen, ist unser wichtigstes Ziel.

Die Zukunftsfähigkeit Europas setzt heute Investitionen voraus. Das bedeutet: Wir müssen in eine nachhaltige Energieerzeugung, in die Reduktion des Energieverbrauchs, in nachhaltige Industrien, in Bildung und Qualifizierung, in Forschung und Entwicklung, in unsere Infrastruktur und in moderne öffentliche Verwaltungen investieren.

Umsetzen lassen sich diese Ziele nur mit spezifischen Maßnahmen, abgestimmt auf die einzelnen Mitgliedstaaten. Dies wird mittel- und langfristig zu einer neuen industriellen Arbeitsteilung in Europa führen. Für eine solche Erneuerung Europas werden wir uns einsetzen, und wir werden als Gewerkschaften dafür auch Verantwortung übernehmen.

Für einen Kurswechsel in Europa ist ein **Politikwechsel in Berlin** mehr als überfällig. Es muss endlich Schluss sein mit dem deutschen Spardiktat in Europa!

Auf dem Höhepunkt der Krise wurden 2008 in Deutschland zwei Konjunkturprogramme erfolgreich aufgelegt, mit denen 2,5 Millionen Arbeitsplätze gesichert werden konnten. Eine Politik, die in Deutschland erfolgreich war, darf den anderen europäischen Staaten nicht verweigert werden.

Die Finanzmarktkrise hat gezeigt, dass die Basis von Wohlstand und Beschäftigung die industrielle Wertschöpfung ist und bleiben muss. **Wirtschaft ohne Industrie – das funktioniert nicht.**

Nordrhein-Westfalen ist eine der beschäftigungsstärksten Industrieregionen in Deutschland und Europa.

Nur ein enger Verbund von moderner Industrie und innovativen Dienstleistungen wird dauerhaft Arbeitsplätze schaffen und den sozialen Zusammenhalt sichern.

Die Industrie ist kein Auslaufmodell, und Umweltschutz steht nicht im Gegensatz zur Industrieproduktion. Gerade hier an der Rheinschiene kann man nachvollziehen, wie ein moderner Industrie- und Dienstleistungsstandort erhebliche Potenziale für Spitzenleistungen im Bereich des Klima- und Umweltschutzes hervorbringen kann.

Nordrhein-Westfalen ist das Energie- und Industrieland Nummer Eins in Deutschland. Für das Industrieland NRW, für Deutschland und für Europa ist eine **sichere Energieversorgung** von zentraler Bedeutung. Die Strompreise sind ein entscheidendes Kriterium für globale Standortentscheidungen. Um uns in diesem internationalen Wettbewerb zu behaupten, brauchen wir eine verlässliche nationale und europäische Industrie- und Energiepolitik.

Die Energiewende in Deutschland ist ein gesellschaftliches Großprojekt, sie muss eine Erfolgsstory werden. Dabei geht es um den nachhaltigen Umbau unsere Wirtschaft und den Start in ein neues regeneratives Zeitalter. Die Flickschusterei der Bundesregierung bei der Energiewende ist völlig kontraproduktiv und muss beendet werden. **Wir brauchen eine mittelfristige Neukonzeption der Energiewende.** Ziel muss sein, Energie muss für die Verbraucherinnen und Verbraucher bezahlbar bleiben, und die Wirtschaft darf nicht überfordert werden.

Anrede

Wir brauchen vor allem dringend einen **Kurswechsel für eine neue Ordnung der Arbeit.** Es ist etwas faul in unserem Staat, wenn etwa 23 Prozent aller Beschäftigten zu Niedriglöhnen arbeiten und elf Prozent weniger als 8,50 Euro Stundenlohn erhalten. Und immer Menschen sind aufgrund der Rentenreformen der letzten Jahre von Altersarmut bedroht. Wir wollen, dass Menschen von ihrer Arbeit und später von ihrer Rente gut leben können.

Deshalb brauchen wir **klare Spielregeln für die Leiharbeit. Grundlose Befristungen** darf es nicht mehr geben, **Lohndumping durch Werkverträge** muss gestoppt und ein **gesetzlicher Mindestlohn** von mindestens 8,50 € muss eingeführt werden.

Unser Ziel dabei: Die Spaltung des Arbeitsmarktes muss ein Ende haben. In den Branchen, in denen wir gewerkschaftlich gut organisiert sind, haben wir auch in der Krise viel erreicht. In den letzten Tarifrunden haben die Gewerkschaften die Realeinkommen für die Beschäftigten in vielen Branchen erhöht und damit einen Beitrag zur Stärkung der Binnennachfrage geleistet.

Es ist deshalb umso ärgerlicher, wie von Einigen in Wissenschaft und Politik über die moderate Lohnpolitik schwadroniert wird und uns dabei auch noch Verantwortung für die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise in die Schuhe geschoben werden soll.

Gerade in den exportstarken Branchen ist es den Gewerkschaften gelungen, den Verteilungsspielraum zu nutzen. Wir haben in vielen Branchen die Realeinkommen gesichert und in einigen sie auch erhöhen können.

Auch die aktuellen Tarifaueinandersetzungen in der Metall- und Elektroindustrie, im Einzelhandel oder in der Papierindustrie müssen zu einer Sicherung der Einkommen und eine Stärkung der Kaufkraft beitragen. Das ist ökonomisch sinnvoll und sozial gerecht.

Deshalb, liebe Kollegen und Kollegen, lasst uns heute hier am 1. Mai in Köln eine klare Botschaft der Solidarität an diejenigen senden, die sich aktuell in Tarifaueinandersetzungen befinden. Und lasst uns eine klare Mahnung an die Arbeitgeber aussprechen, die anstehenden Tarifverhandlungen nicht eskalieren zu lassen, indem sie inakzeptable Angebote unterbreiten und die Beschäftigten mit Almosen abspeisen.

Anrede

Noch arbeitet ein Großteil der Beschäftigten in tarifvertraglich regulierten Bereichen mit handlungsfähigen Betriebs- und Personalräten. Noch. In den letzten Jahren sind die weißen Flecken auf der Mitbestimmungslandkarte immer größer geworden. Gerade in den Billiglohnbranchen. Selbst mit einem gesetzlichen Mindestlohn – der nach der Bundestagswahl kommen wird – sind die Beschäftigten dort von guter Arbeit meilenweit entfernt.

Dabei geht es nicht um eine Minderheit, sondern um gut acht Millionen Menschen. Nur selten werden ihre Interessen von Betriebsräten vertreten. Schon die Absicht, einen Betriebsrat gründen zu wollen, hat oft üble Folgen. Sie reichen von Drohungen der Arbeitgeber bis zur Entlassung. Immer öfter halten spezialisierte Anwaltskanzleien Betriebe mitbestimmungsfrei.

Das können und werden wir nicht hinnehmen. **Wir brauchen den vollen Kündigungsschutz für alle, die einen Betriebsrat gründen wollen.** Das wäre ein wichtiger Schritt, der Spaltung auf dem Arbeitsmarkt zu begegnen und die Arbeitsbedingungen in den Billiglohn-Buden zu verbessern.

Wir alle wissen: Betriebs- und Personalräte sind die Garanten für gute Arbeit. Aber immer häufiger geraten sie an ihre Grenzen. Wenn etwa Firmen Arbeit auslagern und per Werkvertrag zu miesen Bedingungen vergeben, bleiben Betriebsräte außen vor. Die Betriebsräte brauchen deshalb mehr Rechte. Einerseits, um sich gegen Lohndumping und unwürdige Arbeitsbedingungen einzusetzen. Andererseits, um sich für gute Arbeit stark zu machen. **Deshalb muss das Betriebsverfassungsgesetz modernisiert werden.** Wir brauchen eine zwingende Mitbestimmung der Betriebsräte bei Leiharbeit oder Werkverträgen. Und Betriebs- und Personalräte müssen das Recht haben, gegen die zunehmende Leistungsverdichtung und Stress initiativ zu werden.

Wir brauchen auch eine Ausweitung der Unternehmensmitbestimmung. Sie muss bereits bei Unternehmen mit mehr als 1000 und nicht erst bei 2000 Beschäftigten einsetzen. Wer kommt ansonsten auf die Schnapsidee, die Einführung der Demokratie von der Größe eines Landes abhängig zu machen?

Da können wir uns eine Scheibe von den skandinavischen Ländern abschneiden: in Dänemark gilt die Unternehmensmitbestimmung bereits ab 50 und in Schweden ab 100 Beschäftigte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

**Der 2. Mai 1933 war der schwärzeste Tag in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung.** Noch im April 1933 lagen die freien Gewerkschaften in den Betriebsratswahlen so weit vorne, dass die Nazis in Panik gerieten und per Gesetz die Wahlen abbrachen. Schon in den Wochen davor hatten die braunen Schlägertrupps 160 Gewerkschaftsbüros attackiert.

Den 1. Mai 1933 erklärten die Nazis zum Volksfeiertag, zum Tag der nationalen Arbeit. Die Gewerkschaften standen mit dem Rücken zur Wand und versuchten, zu retten, was nicht mehr zu retten war. So hieß es in einem Aufruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an seine Mitglieder: „Wir begrüßen es, dass die Reichsregierung diesen unseren Tag zum gesetzlichen Feiertag der nationalen Arbeit erklärt hat“.

Am Tag danach besetzten die Nazis die Gewerkschaftshäuser, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wurden massenhaft verhaftet, verschleppt und misshandelt. Das Vermögen wurde beschlagnahmt. Die freien Gewerkschaften wurden verboten. Und Goebbels hielt in seinem Tagebuch fest: „Gewerkschaften wie verabredet planmäßig besetzt. Kein Zwischenfall. Bonzen verhaftet“.

Die Lehren daraus und aus dem, was bis zum Sieg über den Nazifaschismus 1945 folgte, werden und dürfen wir niemals vergessen. Sie lautet: „Wehret den Anfängen!“.

Das heißt heute: **Ein Verbot der NPD ist längst überfällig.** Aber das Verbot allein wird die Probleme, die sich mit dem zunehmenden braunen Terror ergeben, nicht lösen. Alle, ausnahmslos alle Demokraten müssen sich dem widersetzen – kompromisslos und dauerhaft. Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus haben keinen Platz in einer demokratischen Gesellschaft und schon gar nicht in der deutschen, angesichts unserer Geschichte. In Köln habt ihr eine ausgesprochen gute Tradition, euch gegen Rechtsextremismus zur Wehr zu setzen. In diesem Sinne: Lasst uns zusammenstehen und nicht zulassen, dass sich das braune Gedankengut bei uns im Unterholz der Demokratie breitmachen kann.

Anrede,

2013 ist ein wichtiges Wahljahr. In Bayern und Hessen werden neue Landtage gewählt. Und am 22. September ist die Bundestagswahl.

Das Recht der Bürgerinnen und Bürger, eine Regierung frei zu wählen, ist die Grundlage jeder Demokratie. Es handelt sich um ein politisches Grundrecht, das von der Arbeiterbewegung in Deutschland und in vielen anderen Staaten Europas 1918/19 nach dem Ersten Weltkrieg in harten Kämpfen durchgesetzt wurde. Gerade für Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter bedeutet das Wahlrecht auch eine Wahlpflicht. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, lasst uns alle am 22. September an die Wahlurnen gehen.

Wir brauchen einen Politikwechsel in Deutschland und in Europa. Wir brauchen eine Politik, die wirtschaftlichen Erfolg und soziale Gerechtigkeit miteinander verbindet. Schluss mit einer Politik, die sich auf Bankenrettung reduziert und Millionen von Menschen in Europa dafür mit Arbeitslosigkeit und Armut bezahlen lässt.

Euch allen ein herzliches „Glückauf!“